B1 - Antrag des Landesvorstandes zur Änderung der Satzung der CDU Hessen

Der Landesparteitag möge folgende Satzungsänderungen beschließen:

Es wird folgende Bestimmung neu eingefügt:

§ 52a Sonderbestimmungen zur Sicherstellung der Durchführbarkeit von Parteitag und Versammlungen zur Vorbereitung und Aufstellung öffentlicher Wahlvorschläge

- (1) Können durch hoheitlich angeordnete Beschränkungen von Versammlungen Parteitage und Delegiertenversammlungen einschließlich solcher Delegiertenversammlungen zur Vorbereitung oder Aufstellung von Wahlvorschlägen für öffentliche Wahlen nicht oder nicht vollständig mit der Zahl ihrer satzungsmäßigen Mitglieder und nicht oder nicht vollständig mit der Zahl der üblicherweise zu erwartenden Zahl von Gästen zusammentreten, so kann der Vorstand Abweichungen von dieser Satzung nach den Absätzen 3 bis 11 beschließen. Ein Beschluss nach Satz 1 ist nur zulässig, soweit das erforderlich ist, um unter Beachtung der hoheitlich angeordneten Beschränkungen Parteitage und Delegiertenversammlungen rechtzeitig abzuhalten, insbesondere um Fristen zur Einreichung von Wahlvorschlägen zu öffentlichen Wahlen einzuhalten, und die Parteiarbeit auch unter Geltung hoheitlich angeordneter Beschränkungen fortzuführen. Abweichungen, die zur Verringerung der Zahl der Gäste oder zu deren gänzlichen Ausschluss führen, sind dabei vorrangig gegenüber Abweichungen, die zur Verringerung der Zahl der stimmberechtigten Teilnehmer führen.
- (2) Der Beschluss nach Absatz 1 kann durch Umlaufbeschluss, Telefon- oder Videokonferenz in offener Abstimmung herbeigeführt werden. Der Vorstand kann, wenn dies zur Wahrung organisatorischer Vorkehrungen erforderlich ist, zur Beschlussfassung nach Absatz 1 auch ohne Wahrung der Frist nach § 65 Abs. 1 geladen werden. Der Beschluss nach Absatz 1 kann auch dann noch gefasst werden, wenn die in Absatz 1 genannten Versammlungen bereits eingeladen worden sind und die Frist nach § 64 Abs. 1 bereits abgelaufen ist, und für diese Versammlungen die Abweichungen nach den folgenden Absätzen in Kraft setzen. Die auf diese Weise nicht mehr teilnahmeberechtigten Personen sind, soweit möglich, unverzüglich zu informieren. Die Abweichungen nach Absatz 3 bis 7 beschließt der Landesvorstand, die Abweichungen nach Abs. 8 der Bezirksvorstand, die Abweichungen nach Abs. 9 und 10 der Kreisvorstand und die Abweichungen nach Abs. 11 der Kreisvorstand oder die Kreisvorstände, mit dessen bzw. deren Gebiet sich der Wahlkreis deckt oder überschneidet. Entfallen öffentliche Beschränkungen, nachdem ein Beschluss nach Absatz 1 gefasst worden und nachdem die Versammlung eingeladen worden ist, hat der Beschluss nach Absatz 1 weiter Bestand, es sei denn der Vorstand nimmt den Beschluss zurück; die Versammlung wird dann ohne die Abweichungen mit verkürzter Frist von wenigstens drei Tagen zum selben Termin oder mit ordentlicher Frist zu einem neuen Termin geladen.
- (3) Der Landesparteitag findet abweichend von § 72 in der Zusammensetzung des Landesausschusses nach § 74 statt, wobei die Landesparteitagsdelegierten und nicht die Landesausschussdelegierten eingeladen werden. Der Zutritt von Gästen einschließlich des Zutritts von Mitgliedern der Partei, die nicht zu den satzungsmäßigen Mitgliedern des Landesausschusses gehören, kann beschränkt werden.
- (4) Der Landesparteitag findet abweichend von § 74 in der Zusammensetzung des Landesausschusses ohne die Mitglieder nach § 74 Abs. 1 Nr. 2 bis 5 und ohne die Gäste nach § 74 Abs. 3 statt. Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend. Der Zutritt weiterer Gäste kann beschränkt werden. Soweit stimmberechtigte Mitglieder des Landesvorstands nicht als gewählte Landesparteitagsdelegierte an der Versammlung teilnehmen können, sind sie berechtigt, als Gäste mit Rederecht teilzunehmen.
- (5) Der Landesparteitag findet abweichend von § 72 in der Zusammensetzung nach Abs. 4 statt, wobei die Zahl der Delegierten nach § 74 Abs. 1 Nr. 1 sich auf bis zu wenigstens 30 Delegierte beschränkt. Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 sowie Abs. 4 Satz 4 gelten entsprechend.
- (6) Der Landesparteitag (Landesvertreterversammlung) findet zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach § 73 Abs. 2 Nr. 7 abweichend von den sonst geltenden Bestimmungen nach §

- 72 Abs. 2 und 3 mit wenigstens 30 Delegierten der Kreisverbände statt, die entsprechend § 72 Abs. 3 unter Beachtung der Wahlgesetze von besonderen Parteitag gewählt werden. Der Zutritt von Gästen kann beschränkt werden. Soweit stimmberechtigte Mitglieder des Landesvorstands nicht als gewählte Delegierte an der Versammlung teilnehmen können, sind sie berechtigt, als Gäste teilzunehmen.
- (7) Der Landesausschuss findet abweichend von § 74 Abs. 1 Nr. 1 mit wenigstens 30 Delegierten der Kreisverbände statt. Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.
  - (8) Der Bezirksparteitag findet abweichend von § 83 Abs. 2 mit wenigstens einem Delegierten je angefangene 500 Mitglieder eines Kreisverbands statt. Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.
  - (9) Der Parteitag findet abweichend von § 88 Abs. 3 in entsprechender Anwendung des § 90 Abs. 2 Nr. 1 statt, wobei die Parteitagsdelegierten, nicht die Kreisverbandsausschussdelegierten eingesetzt werden, oder in einem anderen Delegiertenschlüssel, wobei wenigstens für je angefangene 100 Mitglieder mindestens ein Delegierter der Stadt-, Gemeinde- und Stadtbezirksverbände zu entsenden ist. Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.
  - (10) Der Kreisverbandsausschuss findet abweichend von § 90 Abs. 2 Nr. 1 mit wenigstens einem Delegierten je 200 angefangene Mitglieder der Stadt-, Gemeinde- oder Stadtbezirksverbände statt, abweichend von § 90 Abs. 2 Nr. 2 mit den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands, ohne die Mitglieder nach § 90 Abs. 2 Nr. 3 und Abs. 3. Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.
  - (11) Die Wahlkreisdelegiertenversammlung findet abweichend von § 54 Abs. 2 Satz 2 mit wenigstens einem Delegierten je angefangene 100 Mitglieder des Stadt-, Gemeinde- oder Stadtbezirksverbands statt.
  - (12) Abweichend von § 48 Abs. 1 gilt bis 31.12.2021, dass die Beschlussfähigkeit von Parteitagen und Delegiertenversammlungen, einschließlich solcher Delegiertenversammlung zur Vorbereitung oder Aufstellung von Wahlvorschlägen für öffentliche Wahlen, beschlussfähig sind, wenn mehr als ein Viertel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Das gilt nicht in den Fällen, in denen nach Abs. 1 Satz 1 Abweichungen des Teilnehmerkreises gelten.
  - (13) Mitgliederversammlungen und Parteitage und Delegiertenversammlungen können, solange für die Nutzung von Veranstaltungsorten besondere Beschränkungen gelten, ohne weiteren besonderen Grund mit einer auf bis zu fünf Tage verkürzten Ladungsfrist eingeladen werden oder mit einer Frist von drei Tagen an einen anderen Ort verlegt werden, wofür eine Benachrichtigung auch elektronisch oder telefonisch ausreichend ist. Im Übrigen bleibt § 66 unberührt.

Begründung:

Die Bestimmungen ermöglichen es, unter strikter Beachtung der Erforderlichkeit Parteitage und Delegiertenversammlungen auch unter Bedingungen der Pandemie mit deutlich reduzierten Teilnehmerzahlen durchzuführen. Inwieweit von den Abweichungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht werden darf, unterliegt dem Gebot der Erforderlichkeit. Beschlussfassungen sind unzulässig, wenn sie nicht durch entsprechende öffentliche Beschränkungen veranlasst sind. Die bloße Sorge von Delegierten, an Versammlungen teilzunehmen, wiewohl diese unter Wahrung öffentlicher Vorgaben, insbesondere von Hygiene- und Abstandsregeln, zulässig durchgeführt werden können, rechtfertigt keine Beschlussfassung nach § 52a Abs. 1.

Die Erforderlichkeit ist nur dann als gegeben anzusehen, wenn die Verringerung von Gästen und stimmberechtigten Teilnehmern auf das Maß begrenzt ist, das durch die hoheitlich angeordnete Beschränkung erzwungen ist. Gilt beispielsweise durch landesweite Verordnung eine Obergrenze von 250 Teilnehmern für Versammlungen in geschlossenen Räumen, so wäre eine Abweichung unzulässig, die die Zahl der Delegierten und Gäste auf 100 verringerte, sondern sie müsste im Rahmen des nach § 54a Möglichen so zugeschnitten bleiben, dass so wenig wie möglich Gäste vorrangig vor stimmberechtigten Mitgliedern ausgeschlossen werden. Den Landesvorstandsmitgliedern soll dabei

vorrangig eine Teilnahme ermöglicht werden. Dabei *dürfen* auch Erfahrungswerte berücksichtigt werden, dass geladene Stimmberechtigte nicht erscheinen; um nicht am Versammlungsort stimmberechtigte Delegierte abweisen zu müssen, ist es aber zugleich kein Verstoß gegen das Erforderlichkeitsprinzip, wenn dem entgegen von einer vollständigen Teilnahme der Delegierten ausgegangen und damit das erforderliche Maß der Abweichung kalkuliert wird.

Die große Vielgestaltigkeit hoheitlicher Anordnungen, die Einfluss auf die mögliche Teilnehmerzahl eines Parteitags hat, führt dazu, dass die vorliegende Satzungsänderung die Abweichung von sonst unmittelbar nach der Satzung geltenden Delegiertenschlüsseln und Teilnehmerzahlen von Vorstandsbeschlüssen abhängig bleiben muss. Es wäre unmöglich, die ganze Bandbreite denkbarer hoheitlicher Beschränkungen tatbestandlich in der Satzung zu erfassen und ihnen jeweils unmittelbar aus der Satzung geltend einen abweichenden Delegiertenschlüssel zuzuordnen. Das wird erkennbar, führt man sich allein die unendliche Zahl möglicher hoheitlicher Personenzahlobergrenzen vor Augen, und es wird erst recht deutlich, verdeutlicht man sich die Vielgestaltigkeit der Beschränkungskonzepte: absolute Personenzahlobergrenzen, relative Personenzahlobergrenzen nach Fläche oder Raumvolumen, Personenzahlobergrenzen in Abhängigkeit von Personeneigenschaften usw. usf. Die Satzung muss an dieser Stelle Flexibilität behalten für diese Vielgestaltigkeit, die in der Zukunft nach fortschreitenden Erkenntnissen zur aktuellen Pandemie auch völlig neue, bislang noch unbekannte hoheitliche Beschränkungskonzepte hervorbringen mag; und das geht sinnvoll nur, wenn die konkrete Abweichung – in engen Grenzen der tatbestandlichen Voraussetzungen, einer strikten Erforderlichkeitsprüfung und den Leitplanken auf Rechtsfolgenseite – vom Vorstand vorgenommen werden kann. Das in § 54a vorgesehene Beschlussfassungsrecht des Vorstands ist damit zielgenauer an die Erforderlichkeit gebunden, als es typisierende, fallgruppenartige Satzungstatbestände sein würden, die Abweichungen von Delegiertenschlüsseln unmittelbar aus der Satzung an bestimmte Sachverhalte knüpfen. Das Flexibilität ermöglichende Regelungskonzept des § 54a ist damit hinreichend bestimmt und zugleich genauer in der Lage, die Abweichungen auf das absolut erforderliche Maß zu begrenzen, als es eine Satzungsänderung wäre, die Abweichungen ohne Vorstandsbeschluss an bestimmte Voraussetzungen knüpfte.

In § 54a ist bewusst darauf verzichtet worden, tatbestandlich andere Fallgruppen als hoheitlich angeordneten Beschränkung aufzunehmen, bspw. Notlagen oder höhere Gewalt, Naturkatastrophen u.a.m. Dies dient dazu, den Anwendungsbereich eng zu halten und den Eindruck zu vermeiden, im Fahrwasser des pandemischen Geschehens sollten oder könnten Parteitagzusammensetzungen aus anderen Gründen und Anlässen durch Vorstandsbeschluss anders gefasst werden – dazu war in über 70 Jahren Parteigeschichte kein Anlass, und dies sollte daher auch jetzt daher als absolute Ausnahmvorschrift eng gefasst bleiben.

Selbstverständlich bleiben Vorstände an Beschlüsse der Parteitage gebunden; Parteitagsbeschlüsse können die Entscheidung der Vorstände daher vorprägen oder abändern; der Vorteil der Vorstandsbeschlüsse besteht aber in ihrer kurzfristigen, an die jeweils konkret bestehende Lage angepasste Abweichungsmöglichkeit.

Hoheitlich angeordnete Beschränkungen von Versammlungen sind Begrenzungen, die sich direkt auf die mögliche Versammlungsgröße auswirken und beziehen. Baumaßnahmen, die den Zugang zu einem Versammlungsort erschweren, öffentliche Streiks im ÖPNV, die die Erreichbarkeit faktisch einschränken, gehören nicht zu den Beschränkungen im Sinne des § 54a und können folglich keine Abweichungen begründen. Auch Vorgaben zur Kontaktreduzierung und besondere Abstands- und Hygieneregeln, die Auswirkungen auf die Nutzbarkeit von Versammlungsräumen haben, sind Beschränkungen im Sinne von § 52a Abs. 1.

Zur strikten Erforderlichkeitsprüfung gehört auch, dass Opportunitätserwägungen, die mit dem Zweck der Vorschrift, Versammlungen unter Geltung hoheitlicher Beschränkungen durchzuführen, nur indirekt zu tun haben, nur in engen Grenzen Abweichungen rechtfertigen können. So ist das Ziel, Raummiete zu sparen, allein kein hinreichender Grund, eine Abweichung zu beschließen. Der Vorstand muss vielmehr im Sinne einer Verhältnismäßigkeit alle zumutbaren Möglichkeiten

vorrangig eine Teilnahme ermöglicht werden. Dabei *dürfen* auch Erfahrungswerte berücksichtigt werden, dass geladene Stimmberechtigte nicht erscheinen; um nicht am Versammlungsort stimmberechtigte Delegierte abweisen zu müssen, ist es aber zugleich kein Verstoß gegen das Erforderlichkeitsprinzip, wenn dem entgegen von einer vollständigen Teilnahme der Delegierten ausgegangen und damit das erforderliche Maß der Abweichung kalkuliert wird.

Die große Vielgestaltigkeit hoheitlicher Anordnungen, die Einfluss auf die mögliche Teilnehmerzahl eines Parteitags hat, führt dazu, dass die vorliegende Satzungsänderung die Abweichung von sonst unmittelbar nach der Satzung geltenden Delegiertenschlüsseln und Teilnehmerzahlen von Vorstandsbeschlüssen abhängig bleiben muss. Es wäre unmöglich, die ganze Bandbreite denkbarer hoheitlicher Beschränkungen tatbestandlich in der Satzung zu erfassen und ihnen jeweils unmittelbar aus der Satzung geltend einen abweichenden Delegiertenschlüssel zuzuordnen. Das wird erkennbar, führt man sich allein die unendliche Zahl möglicher hoheitlicher Personenzahlobergrenzen vor Augen, und es wird erst recht deutlich, verdeutlicht man sich die Vielgestaltigkeit der Beschränkungskonzepte: absolute Personenzahlobergrenzen, relative Personenzahlobergrenzen nach Fläche oder Raumvolumen, Personenzahlobergrenzen in Abhängigkeit von Personeneigenschaften usw. usf. Die Satzung muss an dieser Stelle Flexibilität behalten für diese Vielgestaltigkeit, die in der Zukunft nach fortschreitenden Erkenntnissen zur aktuellen Pandemie auch völlig neue, bislang noch unbekannte hoheitliche Beschränkungskonzepte hervorbringen mag; und das geht sinnvoll nur, wenn die konkrete Abweichung – in engen Grenzen der tatbestandlichen Voraussetzungen, einer strikten Erforderlichkeitsprüfung und den Leitplanken auf Rechtsfolgenseite – vom Vorstand vorgenommen werden kann. Das in § 54a vorgesehene Beschlussfassungsrecht des Vorstands ist damit zielgenauer an die Erforderlichkeit gebunden, als es typisierende, fallgruppenartige Satzungstatbestände sein würden, die Abweichungen von Delegiertenschlüsseln unmittelbar aus der Satzung an bestimmte Sachverhalte knüpfen. Das Flexibilität ermöglichende Regelungskonzept des § 54a ist damit hinreichend bestimmt und zugleich genauer in der Lage, die Abweichungen auf das absolut erforderliche Maß zu begrenzen, als es eine Satzungsänderung wäre, die Abweichungen ohne Vorstandsbeschluss an bestimmte Voraussetzungen knüpfte.

In § 54a ist bewusst darauf verzichtet worden, tatbestandlich andere Fallgruppen als hoheitlich angeordneten Beschränkung aufzunehmen, bspw. Notlagen oder höhere Gewalt, Naturkatastrophen u.a.m. Dies dient dazu, den Anwendungsbereich eng zu halten und den Eindruck zu vermeiden, im Fahrwasser des pandemischen Geschehens sollten oder könnten Parteitagszusammensetzungen aus anderen Gründen und Anlässen durch Vorstandsbeschluss anders gefasst werden – dazu war in über 70 Jahren Parteigeschichte kein Anlass, und dies sollte daher auch jetzt daher als absolute Ausnahmenvorschrift eng gefasst bleiben.

Selbstverständlich bleiben Vorstände an Beschlüsse der Parteitage gebunden; Parteitagsbeschlüsse können die Entscheidung der Vorstände daher vorprägen oder abändern; der Vorteil der Vorstandsbeschlüsse besteht aber in ihrer kurzfristigen, an die jeweils konkret bestehende Lage angepasste Abweichungsmöglichkeit.

Hoheitlich angeordnete Beschränkungen von Versammlungen sind Begrenzungen, die sich direkt auf die mögliche Versammlungsgröße auswirken und beziehen. Baumaßnahmen, die den Zugang zu einem Versammlungsort erschweren, öffentliche Streiks im ÖPNV, die die Erreichbarkeit faktisch einschränken, gehören nicht zu den Beschränkungen im Sinne des § 54a und können folglich keine Abweichungen begründen. Auch Vorgaben zur Kontaktreduzierung und besondere Abstands- und Hygieneregeln, die Auswirkungen auf die Nutzbarkeit von Versammlungsräumen haben, sind Beschränkungen im Sinne von § 52a Abs. 1.

Zur strikten Erforderlichkeitsprüfung gehört auch, dass Opportunitätserwägungen, die mit dem Zweck der Vorschrift, Versammlungen unter Geltung hoheitlicher Beschränkungen durchzuführen, nur indirekt zu tun haben, nur in engen Grenzen Abweichungen rechtfertigen können. So ist das Ziel, Raummiete zu sparen, allein kein hinreichender Grund, eine Abweichung zu beschließen. Der Vorstand muss vielmehr im Sinne einer Verhältnismäßigkeit alle zumutbaren Möglichkeiten

ausschöpfen, bevor er eine Abweichung beschließt. Dazu gehört, Versammlungsorte bei Bedarf kurzfristig zu verlegen, wenn bspw. Beschränkungen am geplanten Versammlungsort greifen, an einem anderen Ort aber nicht gelten. Dabei kommt auch in Betracht, in benachbarte Landkreise auszuweichen oder selbst in nahe gelegene Orte außerhalb Hessens. Die Abweichung muss mithin ultima ratio bleiben. Sie kann nicht auf Reserve Monate im Voraus beschlossen werden, ohne dass eine Beschränkung überhaupt besteht, bzw. muss an die jeweilige Lage angepasst werden, es sei denn nach § 54a Abs. 2 Satz 6 ist eine Anpassung entbehrlich. Wirtschaftliche Erwägungen sind gleichwohl nicht von vornherein ausgeschlossen. So kann es bspw. für eine Kreispartei aus finanziellen Gründen unzumutbar sein, ein Fußballstadion anzumieten, wenn dies aufgrund hoheitlicher Versammlungsbeschränkungen faktisch die einzig verbleibende Lokalität ist, in dem der Kreisparteitag ohne Abweichungen der Teilnehmer durchgeführt werden kann, die Mietkosten aber ein Vielfaches der sonst anfallenden Kosten beträgt; dann kommt ein Beschluss des Vorstands zu Abweichung in Betracht.

Weitere, über § 54a hinausgehende Spielräume für Satzungsänderungen, durch geänderte Abstimmungsverfahren wahlvorbereitende Versammlungen durchzuführen (bspw. Online-Wahlen), können sich erst ergeben, wenn die gesetzlichen Grundlagen dafür angepasst werden. Sie sind daher nicht Teil des Änderungsantrags.